

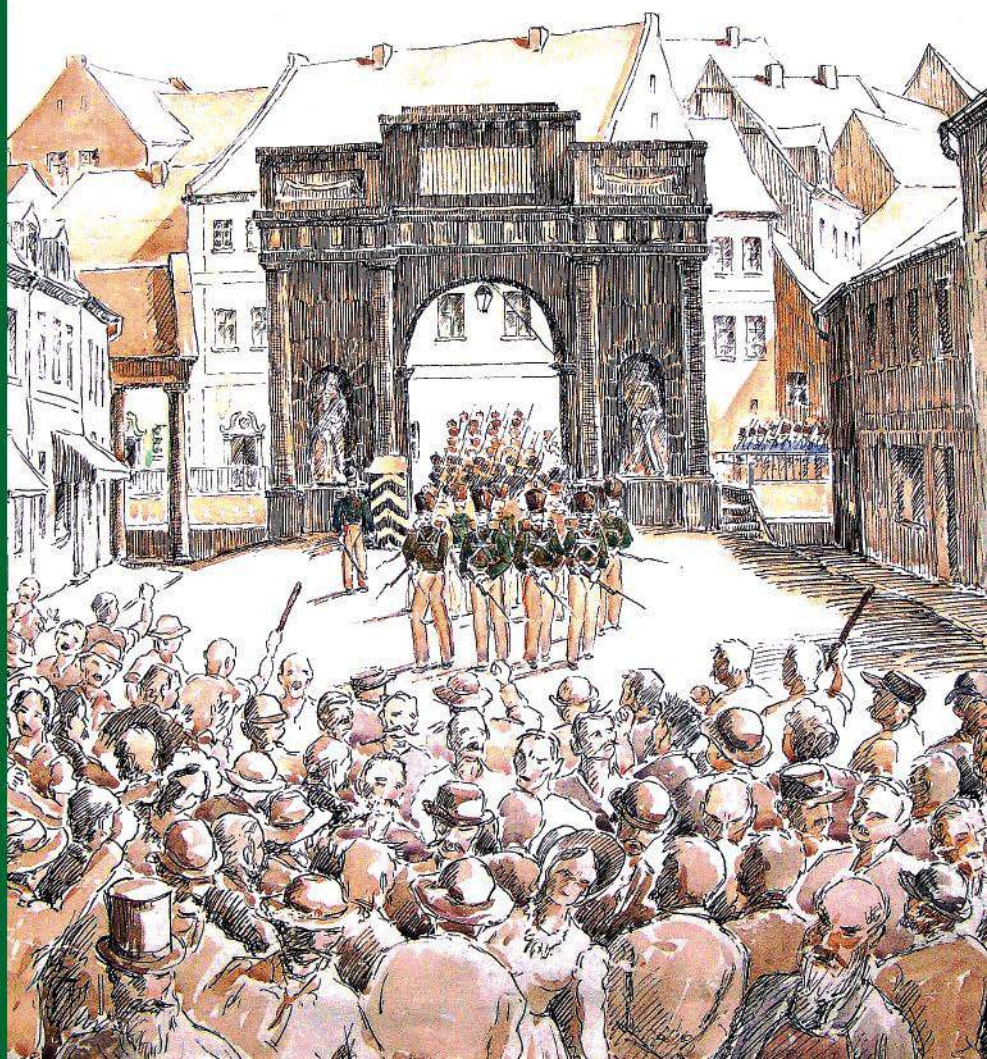
Sonder-  
band  
2025

Mitteilungen des  
Vereins für Anhaltische Landeskunde

Sonderband 2025

# Der Bernburger Bürgermord von 1849.

Zur Revolution 1848/49 in Anhalt



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	7
Lars Lambrecht Bernburger Demokraten und der Bürgermord vom 16. März 1849.....	9
Rüdiger Hachtmann Demokratischer Leuchtturm in der deutschen und europäischen Revolution – Anhalt 1848/1849.....	27
Von . 27	
Mathias Tullner Anhaltische Beiträge zur deutschen Revolution 1848/1849 und ihre Besonderheiten.....	77
Von . 77	
Michael Thomas „So wird denn unser Wackelstaat nun wohl zum Sturz kommen.“ Über die Revolution im Herzogtum Anhalt-Bernburg 1848 und 1849 .....	85
Bernd G. Ulbrich Adolf Zeising und die Ereignisse von 1848/49 in Anhalt-Bernburg .....	119
Joachim Grossert Joseph Calm – Von der Galionsfigur der Demokraten zum nationalliberalen Bürger.....	137
Olaf Bries Revolution im Roman. Bernburger Ereignisse 1848/1849 in der Darstellung Gerhart Herrmann Mostars .....	157
Olaf Böhlk Modernisierung und Widerstand. Signaturen der deutschen Moderne und das Scheitern der protestantischen Aufklärung aus christlicher und jüdischer Perspektive im Umfeld des „Bernburger Bürgermords“ 1849 .....	177
Über die Autoren.....	203

## **Adolf Zeising und die Ereignisse von 1848/49 in Anhalt-Bernburg**

Von Bernd G. Ulbrich

Adolf Zeising wurde 1810 in der anhalt-berenburgischen Residenz Ballenstedt geboren. Sein Vater, August Zeising (ca. 1750–1817), war als Geigenvirtuose und Musiklehrer weit herumgekommen (bis in die ferne Inselwelt der niederländischen Antillen, wo er 11 Jahre lang lebte), um schließlich Mitglied der Ballenstedter Hofkapelle des Herzogs Alexius (1767–1834) zu werden.<sup>1</sup> In seiner 1803 geschlossenen Ehe mit der Tochter eines Amts-Chirurgen aus Hoym kamen der Musik und der Natur große Bedeutung zu. Adolf Zeisings musische und ästhetische Bildung hatten in seiner Ballenstedter Kindheit eine kräftige Wurzel. Nach dem Tod des Vaters zog die Mutter mit Adolf und seiner älteren Schwester Caroline (Lina) in die Landeshauptstadt Bernburg, um dem begabten Jungen den Besuch der dortigen Hauptschule (ab 1835: Carlsgymnasium), der höchsten Schulanstalt des Herzogtums, zu ermöglichen. Als Witwe eines Mitglieds der herzoglichen Hofkapelle erhielt sie eine Gnadenpension, die für den Lebensunterhalt der dreiköpfigen Familie aber kaum ausreichte. Adolf Zeising wuchs in ärmlichen Verhältnissen auf; ein kränklicher Knabe, introvertiert, geistig sehr rege und mit großem Lerneifer.

### **Universitätsstudium. Hegel**

An der Hauptschule fiel er durch Vorlieben für Mathematik, Kunst und Literatur auf. In einem Gedichtzyklus pries er die Schönheit des nach Plänen von Peter Joseph Lenné gestalteten Ballenstedter Schlossparks. Eine saubere Abschrift der Gedichte schickte er Herzog Alexius zum Geburtstag. Als Dank erhielt er ein Geldgeschenk, welches in den Folgejahren regelmäßig erneuert wurde. Die Hauptschule schloss er als Jahrgangsbester ab. Stipendien ermöglichten ihm ab April 1831 ein Studium an der Berliner Universität, wo er Vorlesungen bei den klassischen Philologen August Böckh und Karl Lachmann und dem Philosophen Heinrich Ritter hörte. Wegen der in Berlin ausgebrochenen Cholera im Dezember 1831 an die Universität Halle gewechselt, belegte er auch hier hauptsächlich Vorlesungen über klassische Philologie (bei Friedrich Ritschl, Gottfried Bernhardt, August Friedrich Pott) und Philosophie (bei den Hegelianern Johann Georg Mußmann und Karl Rosen-

---

<sup>1</sup> Erinnerungen von Lina Zeising, in: <https://adpersonam.heisenberg-gesellschaft.de/family-tree/zeising2.html> (Abruf am 22.9.2024).



Abb. 1 G. W. F. Hegel mit Studenten, Lithographie von Franz Kugler 1828  
Quelle: Wikipedia gemeinfrei

kranz). 1833/34 war er nochmals Hörer an der Berliner Universität, darunter bei Heinrich Hotho, dem Herausgeber der Ästhetik-Vorlesungen des an der Cholera verstorbenen Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770–1831).<sup>2</sup>

Seine geringen Finanzmittel und die Verpflichtung, Mutter und Schwester zu unterstützen, riefen ihn schon 1834 nach Bernburg zurück. Er war bildungsbeflissen und sprachbegabt, beherrschte neben Altgriechisch<sup>3</sup> und Latein auch das Französische, hoffte auf eine verbeamtete Laufbahn als Gymnasiallehrer. Seine besondere Passion galt der deutschen Sprache<sup>4</sup>, Literatur und Philosophie. Hier wurzelte sein Nationalstolz, der ihn bald auch über die politischen Entfaltungsbedingungen der deutschen Nation nachdenken ließ. 1835 gehörte er zu den Gründern eines literarisch-musikalischen Zirkels („ästhetisches Kränzchen“). Die Mitglieder – hauptsächlich Lehrer und Schüler des Carlsgymnasiums und ihre Familien – trugen bei ihren Zusammenkünften deutsche Volkslieder und Kirchenlieder vor, brachten auf dem Pianoforte Kompositionen von Bach, Mozart, Chopin oder Beethoven zu Gehör, lasen gemeinsam Dichtungen von Heine, Uhland oder Rückert und, mit verteilten Rollen, Dramen von Tieck, Goethe, Schiller oder Shakespeare. Da die Resonanz in der Stadt gering blieb, löste man sich 1837 wieder auf.<sup>5</sup> Über

2 Zeisings Immatrikulationsurkunden und die Zeugnisse der Universitäten Berlin und Halle sind erhalten: Landesarchiv Sachsen-Anhalt (LASA), E 151 (Nachlass Adolf Zeising), Nr. 1, unpag.

3 Er übersetzte Schriften des Sokrates-Schülers Xenophon (Xenophon's Memorabilien oder Erinnerungen an Sokrates, 1855 u. 1864; Xenophon's Gastmahl, 1865).

4 Von ihm stammt eine Grammatik der deutschen Sprache, als Grundlage für den Unterricht an Gymnasien und höheren Bürgerschulen (1847).

5 LASA, E 151, Nr. 8: Chronica aesthetica; vgl. Bernd G. Ulbrich: Adolf Zeising und das Bernburger „ästhetische Kränzchen“ 1835 bis 1837, in: Mitteilungen des Vereins für Anhaltische



Bernburg hinaus wurde Zeising durch literarische Kritiken, theoretische Abhandlungen und (unter dem Pseudonym Richard Morning) belletristische Texte bekannt, die er in führenden Zeitschriften wie dem Deutschen Musenalmanach, den Blättern für literarische Unterhaltung, der Deutschen Vierteljahrsschrift, den Jahrbüchern für speculative Philosophie oder der Zeitschrift für Philosophie und philosophische Kritik veröffentlichte.

Zeisings beruflicher Aufstieg lief sich schwer an. Sein Gönner Herzog Alexius starb im März 1834. Zur neuen Staatsspitze – Herzog Alexander Carl, Herzogin Friederike und der Geheime Konferenzrat – hatte er keinen Zugang. Aus Beamten- oder Pfarrersfamilien stammende Gleichaltrige erhielten einträgliche Stellen, er jedoch musste sich als Privatlehrer durchschlagen. Ab 1839 unterrichtete er an der Bernburger Töchterschule (Friederikenschule), ohne Festanstellung und mit geringem Gehalt. Nachdem er dem Herzog in zwei Briefen seine Notlage eindrücklich geschildert hatte, wurde er fest angestellt, aber ohne Gehaltserhöhung, von 50 Talern „*außerordentlicher Finanzaufwendung*“ abgesehen.<sup>6</sup> Erst der Aufstieg eines neuen einflussreichen Mannes führte eine Veränderung herbei: Dr. Timon Walther (1800–1881)<sup>7</sup>, seit 1840 Landessuperintendent von Anhalt-Bernburg, Oberprediger an der Bernburger Ägidien-Kirche und Mitglied des Konsistoriums, erhielt einen langen Klagebrief von Zeising vom 9. Mai 1841. Walther, politisch konservativ und streng monarchisch, theologisch ein Lutheraner, hatte in Schlesien und in der Provinz Posen als Militärprediger und in der Schulverwaltung reiche Erfahrung sammeln können. Sein Blick auf Anhalt-Bernburg kam von außen und erkannte schnell einige Schwachstellen. 1841 regte er die Gründung eines Landeslehrerseminars an. 1842 übte er in einer Denkschrift rigorose Kritik am Zustand der Volksschulen: fehlende Schulräume, zu wenig Lehrer, viel zu große Schulklassen, mangelhafte Qualifikation der Lehrer, fehlende Lehrpläne. Walther erreichte 1842 Zeisings Festanstellung am Carls-gymnasium. Endlich der finanziellen Sorgen enthoben, konnte Zeising jetzt mit der Beamtentochter Margarethe (Meta) Petri eine Familie gründen.

Die eigene Erfahrung und seine philosophische Ausbildung ließen Zeising über die Ungerechtigkeiten des ständischen Systems und die mangelnde Effizienz der Bernburger Staatsverwaltung grübeln. Als Student in Berlin und Halle war er ein Hegelianer geworden. Vor allem Hegels Staatsbegriff hatte

---

Landeskunde 17 (2008), S. 207–217.

6 LASA, Z 21 Konsistorium Bernburg, Nr. 143, Bl. 1 ff.

7 Arndt, Ludwig: Der letzte Generalsuperintendent von Anhalt-Bernburg D. Dr. Timon Gustav Theodor Walther (1800–1881), in: Bernburger Kalender. Heimatliches Jahrbuch für die Alt-Bernburger Lande 16 (1941), S. 84–105; Ebersbach, Volker: Geschichte der Stadt Bernburg, Band 1, Dessau 1998, S. 160–162. – Im März/April 1849 war Walther, vor dem Hintergrund der durch den „Bernburger Bürgermord“ aufgewühlten Situation, Emissär der Bernburger Hofpartei bei der preußischen Regierung in Berlin und den provisorischen Zentralgewalten in Frankfurt am Main, um eine Verlängerung des Belagerungszustands von Bernburg und Waldau und eine dauerhafte Präsenz preußischer oder anderer Reichstruppen in Anhalt-Bernburg zu erreichen. Gleichzeitig trat er für den Fortbestand eines selbständigen Staates Anhalt-Bernburg ein. Im Frühjahr 1850 vertrat er Anhalt-Bernburg im Erfurter Unionsparlament (Arndt, a.a.O., S. 98–101).

ihn stark geprägt. Hegel zufolge sollte der Staat die „*politisch organisierte Gemeinschaft*“<sup>8</sup> sein. Diese Gemeinschaft musste auf mehreren Fundamenten ruhen: Recht, Bildung, Religion und Sittlichkeit. Die konstitutionelle Monarchie war für Hegel – und ebenso für Zeising – die beste Staatsform. Eine Verfassung sollte die Beteiligung der Bürger auf eine sichere Rechtsgrundlage stellen und ihr verantwortliches Handeln anregen. Für ein öffentliches Leben als Gemeinschaft war ferner der Zugang des Volkes zu Bildung unabdingbar, ebenso die im christlichen Glauben ruhende Sittlichkeit. Mit der Sittlichkeit und dem Recht war für Hegel der Begriff der Freiheit eng verbunden: Freiheit nicht als Ellenbogenliberalismus, sondern als eine sittliche Ordnung des Zusammenlebens, die an allgemeingültige Normen gebunden ist und dadurch Gemeinschaft ermöglicht. Das anspruchsvolle Freiheitskonzept hatte vernunftgeleitete Individuen zur Voraussetzung: Menschen, die selbstbestimmt und zugleich verantwortungsbewusst im Sinne des „Sittengesetzes“, der verbindlichen ethischen Norm, denken und handeln.<sup>9</sup> Freiheit und Verantwortung, Freiheit und Vernunft gehörten für Hegel zusammen; Handeln ohne Bewusstsein über die Folgen des Handelns für die Gemeinschaft war nicht vernünftig und konnte leicht in Willkür, das Gegenteil von Freiheit, ausarten.

All das musste auch für die Bernburger Staatsverwaltung gelten. Auch sie war dieser Philosophie zufolge den Ideen des Rechts, des Bildungszugangs für das Volk, der rationalen (christlichen) Religiosität und der Sittlichkeit verpflichtet. Ihre Entscheidungen sollten vernünftig und am Gemeinwohl orientiert sein. Sie hatte die jeweiligen individuellen Willensäußerungen der Menschen hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Gemeinschaft abzuwägen und in den Allgemeinwillen einzubinden.

## Deutschkatholiken und Pantheismus

Wer wie Zeising die Hegelsche Denkschule durchlaufen hatte, besaß also einen anspruchsvollen Staatsbegriff und einen aufmerksamen Blick für freiheitliche Bestrebungen der Menschen. Zwei religiöse Protestbewegungen, entstanden Mitte der 1840er Jahre in den beiden großen christlichen Kirchen, machten Zeising nun deutlich, dass die Staatslenker ihrer Aufgabe und Verantwortung nicht nachkamen: In der evangelischen Kirche sorgten die an den protestantischen Rationalismus anknüpfenden, um den aus Köthen stammenden Leberecht Uhlich gescharten „Lichtfreunde“ für großes Aufsehen, in der römisch-katholischen Kirche nicht minder die deutschkatholi-

---

<sup>8</sup> Taylor, Charles: Hegel, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1978, S. 507. Vgl. Hegels Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse (1833), §§ 142 ff.

<sup>9</sup> „Die Sittlichkeit ist [...] der zur vorhandenen Welt und zur Natur des Selbstbewußtseins gewordene Begriff der Freiheit.“ (Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts, § 142). Zu Hegels Freiheitsbegriff siehe Vieweg, Klaus: Hegel. Der Philosoph der Freiheit, München: C. H. Beck 2020.

sche Bewegung um die Pfarrer Johannes Ronge in Schlesien und Johannes Czerski in Westpreußen. Beide Bewegungen forderten Kirchenreformen und die rationalistische Auslegung der Bibel, kritisierten vernunftwidrige Dogmen und eine Bevormundung der Gläubigen durch den Klerus. Bei den Deutschkatholiken kamen als Forderungen an die katholische Kirche noch hinzu: Abschaffung des Reliquienkults, des Priesterzölibats, des Mischeheverbots und der priesterlichen Vollmacht zur Sündenvergebung, Einführung einer Liturgie in deutscher Sprache und, mit Betonung des deutschen Nationalgedankens, Loslösung vom römischen Papsttum. Der Zulauf zu beiden Bewegungen war groß. An einer Pfingstversammlung der „Lichtfreunde“ im Mai 1845 in Köthen nahmen 2–3000 Menschen teil. Da der angemietete Saal viel zu klein war, hielten sie ihre Reden in Bahnhofsnähe im Freien. Die erste Protestschrift des deutschkatholischen Priesters Johannes Ronge, ein Offener Brief an den Bischof von Trier wegen eines 1844 dort veranstalteten Reliquienkults um den „Heiligen Rock“ von Jesus Christus, wurde in großer Auflage gedruckt und verbreitet, und ebenso weitere Schriften Ronges und Gleichgesinnter.

Zeising widmete den Deutschkatholiken eine Schrift von fast 100 Seiten Umfang, „Die pantheistische Tendenz des Christenthums“ (1846), in der er sie in die Geschichte des Christentums einzuordnen suchte und nach ihrer politischen Bedeutung fragte. Er war überzeugt davon, dass die gesamte Geschichte des Christentums, der – wie auch Hegel betont hatte – höchsten Entwicklungsstufe aller Religion, von einer pantheistischen Tiefenströmung getragen sei. Der Pantheismus war für ihn – jetzt im Gegensatz zu Hegel – die höchste Form christlichen Glaubens: Gott sei Geist, sei die „*All-Einheit*“, sei das „*absolute Selbstbewusstsein*“, und die Welt in all ihrer Mannigfaltigkeit sei aus Gott hervorgegangen. In den Deutschkatholiken (und ebenso in den „Lichtfreunden“) erblickte er einen weiteren Meilenstein auf dem Siegeszug dieses „*Ideal-Pantheismus*“.<sup>10</sup>

Diese Thesen stießen bei konservativen evangelischen und katholischen Theologen alsbald auf entschiedene Ablehnung. Zeisings Konzept wirke konstruiert und einseitig und sei der komplexen philosophischen und religiösen Problematik nicht angemessen, bemerkte ein Rezensent des Buches.<sup>11</sup> Ein zweiter (vermutlich handelte es sich um Timon Walther) ließ gleichfalls kein gutes Haar an Zeisings Werk: „*Das Einzige, was wir an der Schrift zu loben finden, ist das wissenschaftliche Interesse, das sich in derselben ausspricht, wir müssen aber eben bedauern, daß dasselbe nach unserer Ueberzeugung ein so völlig irre geleitetes ist.*“<sup>12</sup> Der Tübinger katholische Theologe Jakob Zu-

10 Morning, Richard: Die pantheistische Tendenz des Christenthums. Ein Beitrag zur wissenschaftlichen Beurtheilung der neuesten kirchlichen Bewegungen, Leipzig: Gebauer'sche Buchhandlung 1846, S. 13 f.

11 NN, in: Neues Repertorium für die theologische Literatur und kirchliche Statistik, hg. v. Th. Bruns und C. Häfner, 7. Band, Berlin 1846, S. 244–247.

12 Walther, in: Allgemeines Repertorium für die theologische Literatur und kirchliche Statistik. Neue Folge, hg. v. Hermann Reuter, 56. Band oder NF 9. Band, Berlin 1847, S. 122–125, hier S. 125.

krigl bescheinigte Zeising eine gänzlich verkehrte Deutung der katholischen Kirchentradition.<sup>13</sup> Ein weiterer Rezensent befand, Zeising interpretiere sowohl das Christentum wie auch die Philosophie sehr verzerrt; die freireligiöse Bewegung könne aus seiner Schrift zwar einige Anregungen entnehmen, werde sich seinen Pantheismus jedoch verbitten.<sup>14</sup>

Auch Hegel hätte, wie erwähnt, Zeisings Apotheose des Pantheismus nicht gefallen. Doch von Hegels Schülern gingen einige in diese Richtung, am folgenreichsten der Tübinger Theologe David Friedrich Strauß, der in „Das Leben Jesu“ (1835/1836) Jesus von Nazareth als real gewordenen Geist der Menschheit und Gott als unendlichen Geist interpretierte. Und überhaupt war der Pantheismus im deutschen Kulturleben seit längerem in Mode. Heinrich Heine nannte ihn nicht zufällig *„die verborgene Religion Deutschlands“*.<sup>15</sup> Dafür sorgten der Philosoph Josef Schelling (in seiner Jenenser Frühphase), aber auch Dichtungen von Goethe, Friedrich von Schlegel und nicht zuletzt Friedrich Rückert, dem begabten Dichter-Philologen, Übersetzer und Nachdichter arabischer, persischer, indischer und anderer Literaturen. Auch Zeising war ein Rückert-Verehrer. Zeilen von Rückert bildeten den Abschluss seiner Pantheismus-Broschüre:

*„Wenn du im Licht erkennst, wie aus dem Licht entstanden  
Nothwend'ge Finsterniß, dann ist die Welt verstanden.  
War Finsterniß einst Licht, so wird sie Licht einst sein,  
Wann das Entsprungne geht in seinen Ursprung ein.  
Jedweder Sieg des Lichts im schwachen Geist vollbracht,  
Weissagt den ew'gen Sieg der lichten Geistermacht.“*<sup>16</sup>

Die neuen religiösen Bewegungen forderten und praktizierten eine größere Selbstbestimmung der Menschen in Glaubensdingen. Einzig Gewissen und Vernunft sollten für den Gläubigen die Richtschnur sein. Die für die Gründung einer Gemeinde unabdingbare Verständigung über ein gemeinschaftliches Glaubensbekenntnis sollte demokratisch durch Synoden herbeigeführt werden. All das ließ sich unmittelbar auf das politische Leben übertragen. Nicht zufällig spielten Deutschkatholiken in der Revolution 1848/49 eine hervorgehobene Rolle. Um nur zwei zu nennen: Robert Blum, einer der bekanntesten Verfechter republikanischer Ideen, war einer der Führer der Deutschkatholiken in Leipzig. Auch Gustav Struve, der radikale Demokrat aus Baden, gehörte der deutschkatholischen Bewegung an.

Der Klerus ging gegen die Protestbewegung restriktiv vor. Ronge und Czersky wurden ihres Priesteramtes enthoben, worauf sie in Schlesien und

13 Zukrigl, Jakob: Wissenschaftliche Rechtfertigung der christlichen Trinitätslehre gegen die Einwendungen ihrer neuesten Gegner, mit besonderer Rücksicht auf die Glaubenslehre des Dr. D. F. Strauß dargestellt, Wien 1846, S. X Anm.

14 -p., in: Allgemeine Literaturzeitung vom Jahre 1847, 1. Band (Januar bis Juni), Halle u. Leipzig 1847, Sp. 105–108, 114–128.

15 Heine, Heinrich: Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland, in: ders.: Sämtliche Schriften, Band 3, München: Hanser 1971, S. 571.

16 Rückert, Friedrich: Die Weisheit des Brahmanen. Band 1, Leipzig: Weidmann'sche Buchhandlung 1836, S. 12.



Westpreußen freie deutschkatholische Gemeinden gründeten, die im Rheinland und auch in Sachsen schnell Nachahmer fanden. Die Staatsmacht aber – Zeising blickte vor allem nach Preußen unter Friedrich Wilhelm IV. – war offenkundig mit dem Klerus, nicht jedoch mit der freiheitlich-religiösen Bewegung im Bunde. Es sei jedoch, so Zeising, die Pflicht des Staates, das sittlich-freiheitliche Bedürfnis, das aus der Protestbewegung spreche, anzuerkennen und „*entweder ihm zur Gründung einer neuen Kirche die Sanction zu geben oder eine Vermittlung der alten und neuen Kirche zu versuchen*“. Dass nichts dergleichen geschehe, die Protestbewegung vielmehr unterdrückt werde, sei „*ungerecht und unpolitisch*“, es habe noch „*nie zum Heil geführt, wenn man der freien Entwicklung des denkenden Geistes einen Damm entgegengesetzt hat*.“<sup>17</sup>

### „Zeitgedichte“ (1846)

Die Spannung zwischen den freiheitlichen Bestrebungen im Volke und den Gegenkräften in Staat und Kirche ist auch das Hauptthema eines Bandes politischer Lyrik, den Zeising ebenfalls 1846 veröffentlichte: „Zeitgedichte“. Dieser Richard Morning, so befand ein Rezensent, singe „*Lieder, die in ihrer Keckheit und ihrem zerschneidenden Witz dem Kecksten und Witzigsten von dem bisher Dagewesenen die Spitze bieten*“.<sup>18</sup> Das „bisher Dagewesene“ – das war eine stattliche Schar politischer Vormärz-Dichter wie Georg Herwegh, Robert Prutz, Ferdinand Freiligrath, Anastasius Grün, Hoffmann von Fallersleben und andere, zu der auch Zeising nunmehr zählte. Den Zensurbehörden missfiel die Keckheit von Zeisings Dichtungen. Der Gedichtband wurde verboten und fast die gesamte Auflage eingestampft.<sup>19</sup>

Schon die einleitenden Verse schlugen einen kämpferischen Ton an:

„*Wacht auf, wacht auf, und seid bereit!*

*’s ist an der Zeit!*

*Sie predigt neue Lehre!*

*Sie predigt laut, sie ruft zur That –*

*D’rum wer zu hören Ohren hat,*

*Der höre!*“<sup>20</sup>

Zeising rief dazu auf, Trägheit und „*Sklavenseele*“ abzustreifen, sich aus der Stube hinaus auf die Straße zu begeben, für die Schaffung des einigen deutschen Vaterlandes einzutreten, eine Verfassung und politische Freiheiten einzufordern: Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, uneingeschränktes Petitionsrecht, Lehrfreiheit, Glaubens- und Religionsfreiheit. Er lobte erneut

17 Morning: Die pantheistische Tendenz (wie Anm. 10), S. 91.

18 N.N.: Zeitgedichte, in: Blätter für literarische Unterhaltung, Jg. 1846, Nr. 342 vom 8. Dezember 1846, S. 1365–1367.

19 Wecklein, Nikolaus: Zeising, Adolf, in: Allgemeine Deutsche Biographie, Band 55 (1910), S. 404–411, hier S. 405.

20 Morning, Richard: Zeitgedichte, Leipzig: Gebauer 1846, S. 1.

den Deutschkatholizismus für seinen Widerstand gegen „Rom“ und gegen innerkirchliche Hierarchien und betonte die Bedeutung der Gewissensfreiheit für das religiöse Leben. Wiederum bot er eine alternative Geschichte des Christentums dar, in deren Zentrum das Ringen des religiösen Menschen um Selbstbestimmung, sein Auflehnen gegen Bevormundung und Despotie standen. Diese Geschichte habe schon mit Adam und Eva begonnen, die, um den Preis der Vertreibung aus dem Paradies, gegen Gottes Befehl protestierten. Der biblische Adam sei „*der erste Freiheitsheld*“ gewesen.<sup>21</sup> Auch in diesem Gedichtband war Zeisings Blick auf das Christentum mit der pantheistischen Philosophie verwoben:

„Denn Gott nur ist der Geist jedweder Zeit,  
Und jede Zeit nur Gottes wechselnd Kleid.“<sup>22</sup>

Die Adressaten der Gedichte waren das Volk und die Fürsten. Letztere sollten den Willen des Volkes erkennen und sich von volksfernen, hochmütigen Beratern trennen. Zeising benutzte das Bild des „*schlafenden Königs*“: Von der Volksstimmung abgeschirmt schläft der König scheinbar ruhig und sorglos, und doch quält ihn eine innere Stimme. Ein Hahnenschrei weckt ihn, lässt ihn grübeln, um schließlich doch wieder einzudösen – auf die Gefahr hin, vom neuen Zeitgeist unsanft geweckt zu werden:

„Nur wer die Zeit erfaßt, den fasset sie nicht,  
Nur ihre Farb' ist Licht, jed' andre Zwielficht,  
Nur ihre Stimm' ist Stimme, die bestimmt,  
Ihr Arm der Arm, der Alles giebt und nimmt!“<sup>23</sup>

### Redakteur des „Sprechsaal“. Landtagsabgeordneter

Zwei Jahre später erreichte die revolutionäre Welle auch Bernburg. Am 16. und 18. März fanden erste Bürgerversammlungen statt. Zeising gehörte zu den Wortführern derjenigen, die umfangreiche politische Freiheiten für das Volk, eine gewählte Volksvertretung und eine Verfassung einforderten. Am 16. März sicherte Herzog Alexander Carl zu, dass „*Wir des Vorsatzes sind, Unserm Lande eine von der bestehenden Anhaltischen Gesamtlandschaft unabhängige Verfassung zu verleihen*“.<sup>24</sup> Am 3. April erschien die „Landesherrliche Verordnung, die Wahl von Volksvertretern zur Berathung der Verfassungsfrage betreffend“. Sie gewährte das Hinzuziehen von gewählten Volksvertretern (24 Volksvertreter aus allen Regionen des Herzogtums, wählbar waren Männer ab 25 Jahren) zur Ausarbeitung und Beratung einer

---

21 Ebd., S. 87.

22 Ebd., S. 38.

23 Ebd., S. 37.

24 Patent wegen einer dem Herzogthum Anhalt-Bernburg zu verleihenden Verfassung, in: Gesetzsammlung für das Herzogthum Anhalt-Bernburg. Achter Band, enthaltend die gesetzlichen Verordnungen vom Jahre 1845 bis 1848, Bernburg o.J., S. 346.

Verfassung.<sup>25</sup> War der „*schlafende König*“, der „kollektive Alexander Carl“ aufgewacht?

Bald nach Aufhebung der Zensur (21. März) entstand die von Zeising gegründete und geleitete Zeitung der oppositionellen Volksbewegung: „Sprechsaal für das anhaltische Volk“. Das Bernburger „Privilegierte Regierungs- und Intelligenzblatt“, strikt auf Regierungslinie, bekam Konkurrenz. In der ersten Ausgabe des „Sprechsaal“ (10. April 1848) zählte Zeising kurz und bündig die politischen Ziele seines Blattes auf: „*Freiheit, Gesetzlichkeit, Volkswohl, Volksbildung und Herstellung eines einigen kräftigen constitutionellen Deutschlands*“.<sup>26</sup> Sein Leitartikel in diesem ersten Heft wollte den Lesern, vor allem den „*minder gebildeten Volksklassen*“, die Vorteile einer konstitutionellen Ordnung für Anhalt-Bernburg nahebringen. Bei aller volksaufklärerischen Begeisterung war der Ton doch ausgewogen und sachlich. Zeising gestand dem Geheimen Konferenzrat zu, dass er den Wohlstand des Landes und die Zufriedenheit aller Stände bewahren wolle und dabei auch Erfolge aufzuweisen habe. Es ging ihm nicht um Polarisierung, sondern, wie auch im Namen „Sprechsaal“ anklingt, um Aussprache und Verständigung zwischen allen vernünftigen, verantwortungsbewussten Kräften.

Zeising wurde zum Landtagsabgeordneten gewählt. Die vom 23. April 1848 datierte, ihm vom Bernburger Magistrat zugestellte Urkunde hat folgenden Wortlaut: „*Durch Bestimmung der hiesigen Wähler sind Sie zu einem der Volksvertreter zur Berathung der Verfassungsfrage erwählt. Wir fordern Sie nun zur schleunigst gefälligen Erklärung darüber, ob Sie die auf Sie gefallenen Wahl annehmen wollen, ergebenst hiermit auf, und setzen Sie für den Fall der Annahme davon in Kenntniß, daß Sie nach Beendigung der Wahlen im ganzen Lande werden einberufen werden, zunächst, um einen für das hiesige Land nach Frankfurt a/M. abzuordnenden Volksvertreter zu wählen, worüber noch eine besondere Bekanntmachung von Herzogl. Hochlöbl. Landesregierung erfolgen wird.*“<sup>27</sup> In den erst am 31. Juli beginnenden Landtagssitzungen war Zeising neben Albert von Gloß (Pulvermühlenbesitzer in Silberhütte) und August Carl von Mey (Amtsassessor in Coswig) einer der Führer des linken Flügels. Und er war einer der aktivsten Abgeordneten, immer gründlich vorbereitet, scharfsinnig, hartnäckig, nicht selten auf das Geschehen in der Frankfurter Nationalversammlung und anderen Parlamenten verweisend, bei ihm besonders wichtigen Themen – Freiheit, Volkswille, Religion, Staat, Kirche, Schule – zu grundsätzlichen Erörterungen ausholend. Ein Zeitgenosse bescheinigte ihm ein eher geringes Talent zur populären Rede, stattdessen „*eine mehr theoretisch aufbauende, von*

---

25 Ebd., S. 359–362.

26 Sprechsaal für das anhaltische Volk, Nr. 1 vom 10. April 1848, S. 1.

27 LASA, E 151, Nr. 2, unpag. Die Wahl des Anhalt-Bernburger Vertreters in der Nationalversammlung (Friedrich Wilhelm Conrad Zachariä, 1798–1869) erfolgte am 8. Mai 1848 im Bernburger Schloss. Die vom 3. Mai datierte Einladung Zeisings dazu ist ebenfalls erhalten (ebd.).

*philosophischer Bildung getragene Natur*“.<sup>28</sup> In der Verfassungsfrage habe sich die Landtagslinke, so heißt es in der gleichen Quelle, durch „*Mäßigung und Enthaltbarkeit*“ ausgezeichnet, sich „*von jeder extremen Forderung, von Allem, was nach Republik, Communismus u. s. w. schmeckte*“, ferngehalten und dafür gekämpft, dass „*das constitutionell-monarchische Princip auf breiter demokratischer Grundlage nach allen Seiten hin verwirklicht und gehörig gewährleistet und gesichert werde*.“<sup>29</sup> Dieser Kurs wurde wesentlich durch Zeising mitbestimmt.

Ein Schlüsselthema der Landtagsdebatten wurden schnell die Staatsfinanzen, die Transparenz des Staatshaushaltes und die Zuständigkeit des Landtags für Finanzfragen. Schon seit längerem vermuteten kritische Geister eine nicht unbeträchtliche Staatsverschuldung. Ein anonym bleibender Insider rechnete vor, die für die Schuldenlast des Staates zu zahlende Zinssumme habe im Todesjahr von Herzog Alexius (1834) 34.000 Taler betragen, im Jahr 1848 jedoch bereits über 60.000 Taler. Die Passiva des Staates seien in jenen 14 Jahren auf 850.000 Taler angewachsen. Der Geheime Konferenzrat habe trotz Steuererhöhungen, trotz starker Abholzung in den Staatsforsten und anderer Eingriffe in die Substanz des Staatsvermögens seit 1834 alljährlich etwa 60.000 Taler mehr ausgegeben als eingenommen. Für ein so kleines Land wie Anhalt-Bernburg seien vor allem die Ausgaben für das Herzogshaus und den staatlichen Verwaltungsapparat viel zu hoch.<sup>30</sup> Zeising und Carl Bieler thematisierten die vermutete Misswirtschaft Anfang Juli 1848 im „Sprechsaal“ und ernteten heftigen Gegenwind. Vor allem das für die Finanzverwaltung zuständige Regierungsmitglied Wilhelm von Braun (1790–1872), schon unter Herzog Alexius 1830 in dieses Amt gekommen, reagierte ungehalten. Die Kontroverse wurde auch auf den Straßen ausgetragen: Die Linke brachte Zeising Hochrufe aus. Anhänger der Gegenpartei versammelten sich am Abend des 8. Juli vor den Wohnhäusern Wilhelm von Brauns und anderer Regierungsmitglieder, um ihrerseits Hochrufe und Ständchen zu intonieren. Ein Teil von ihnen zog anschließend zum Wohnhaus der Bieler und warf die Fensterscheiben ein.<sup>31</sup>

Im Landtag sperrte sich die Regierung gegen die Offenlegung der originalen Haushaltsrechnungen, während die Finanzkommission des Landtags auf ihrer Zuständigkeit in Haushaltsfragen beharrte. Am 1. September lieferten

28 NN: Die anhaltischen Herzogtümer. Erste Abtheilung. Anhalt-Bernburg, in: Die Gegenwart. Eine encyclopädische Darstellung der neuesten Zeitgeschichte für alle Stände, 4. Band, Leipzig: F. A. Brockhaus 1850, S. 133–177, hier S. 158.

29 Ebd., S. 161.

30 Ebd., S. 137–141. Eine vergleichende Betrachtung der Schuldenlast der europäischen Staaten stellte 1850 für Anhalt-Bernburg fest: „*Anhalt-Bernburg hat Staatsgüter im Werthe von 6 Millionen Thalern, ferner Staatsactivcapitalien von 150,000 Thalern und eine Staatsschuld von 1,590,500 Thalern*.“ (Likawetz-Oberhauser, August: Die europäischen Staats-Schulden vergleichend dargestellt, Wien 1850, S. 1).

31 Die Gegenwart (wie Anm. 28), S. 152 f.; Franz Stieler: Revolution in Anhalt-Bernburg, hg. vom Verein der Freunde und Förderer der Kulturstiftung Bernburg e.V., Bernburg 1999, S. 22–27.

sich Zeising und Wilhelm von Braun<sup>32</sup> ein Wortgefecht, wobei Zeising einmal mehr grundsätzlich wurde: Die Prüfung des Finanzwesens sei „*ein wesentlicher Theil der Verfassungsfrage*“; der Landtag habe nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, vom Ministerium alle erforderlichen Finanzbelege zu verlangen.<sup>33</sup> Einige Tage darauf gab die Regierung teilweise nach<sup>34</sup>, doch ihr Widerstand gegen den neuen Machtfaktor Landtag war ein weiteres Mal deutlich geworden.

Besonders eindringlich meldete sich Zeising in den Verfassungsberatungen zu den Themen Religion, Kirche und Schule zu Wort. An die Pantheismus-Schrift von 1846 anknüpfend, nannte er am 20. September, in Auseinandersetzung mit dem im Auftrag der Regierung anwesenden Timon Walther, die christliche Kirche in ihrer gegenwärtigen Verfasstheit ein Hemmnis für die freie Entfaltung der, wie er meinte, im menschlichen Gefühl fest verankerten Religiosität. Die Religion sei „*etwas so tief in dem Menschen Liegendes, daß sie nicht der Fürsorge von Seiten der Kirche bedarf. Die Religion entwickelt sich ganz natürlich in jedem Menschen, und entwickelt sich oft aus dem rein natürlichen, dem Menschen angeborenen Gefühle, welches mit Recht Humanität genannt wird, weit reiner und besser, als wenn sie von einem bestimmten confessionellen Standpunkte zu einem das religiöse Gefühl oft erstickenden Bekenntniß ausgebildet werden soll.*“<sup>35</sup> Das Landtagsprotokoll verzeichnet nach diesen Ausführungen Bravorufe. Folgerichtig wandte sich Zeising auch gegen jeglichen bestimmenden Einfluss der Kirche auf die Schulen. Wenn die Religion, wie er glaube, tief im Wesen des Menschen angelegt sei, so müsse man ihr auch zutrauen, dass sie ihre Kraft von selbst entfalten werde, und zwar „*auf einem noch reineren und edleren Wege*“, als es unter dem Einfluss der Kirche geschehen könne.<sup>36</sup>

Die Schulpolitik und die Schulverwaltung oblagen Zeising zufolge dem (sich nicht mehr als christlich definierenden) Staate, wobei er wiederum den an Hegel geschulten Staatsbegriff zugrunde legte: Der Staat – so hielt er seinen Opponenten aus dem Regierungslager entgegen – sei wesentlich mehr als nur die Staatsregierung, er sei vielmehr „*der Inbegriff aller Staatsangehörigen*“, die „*Gesammtheit des Volks*“. <sup>37</sup> Regierung und Volk müssten auch in

32 Wilhelm von Braun zog sich nach 1848 in seine Heimatstadt Gotha zurück, ohne aus seinen Bernburger „Netzwerken“ völlig auszuschneiden. Wilhelm von Kügelgen klagt in einem Brief an seinen Bruder Gerhard am 1. März 1851 darüber, dass von Braun, dieser „*Erzhypochonder*“, immer noch das „*vollen Vertrauen*“ der Herzogin genieße und die Bernburger Regierung unter Minister Viktor Hempel „*auf unverantwortliche Weise*“ bei ihr verhetze (Kügelgen, Wilhelm von: Bürgerleben. Briefe an den Bruder Gerhard 1840–1867, hg. v. Walther Killy, München: C. H. Beck 1990, S. 418 f.). Im Übrigen war der standesbewusste, konservative Beamte von Braun auch ein wissenschaftlich interessierter Mann mit einer Passion für Mineralogie und Geologie; das Mangangerz „Braunit“ ist nach ihm benannt (siehe den Nekrolog auf ihn in: Gothaische Zeitung, 181. Jg., Nr. 33 vom 8. Februar 1872).

33 Stenographischer Bericht des Anhalt-Bernburgischen Landtages, abgehalten in Bernburg 1848, Bernburg: F. W. Gröning 1848, S. 183 f.

34 Ebd., S. 198.

35 Ebd., S. 342.

36 Ebd., S. 336 f.

37 Ebd., S. 375.



Schulfragen verantwortungsbewusst zusammenwirken wie lebendige Glieder eines einzigen großen Organismus. Nur so könne die Schule, wie Erziehung überhaupt, erfolgreich auf ihr großes Ziel hinwirken: die Ausbildung des Menschen „in seiner ganzen Totalität“, die umfassende Beförderung seiner Ausrichtung „auf das Wahre, das Gute und das Schöne“.<sup>38</sup>

Der Staatsregierung gestand Zeising dabei lediglich eine Oberaufsicht über das Schulwesen zu. Den Schulen hingegen sollte die Möglichkeit gegeben werden, sich „soweit es dem Staatswohle verträglich“ selbständig zu entfalten. Die Ortsgemeinden und die Elternhäuser der Schüler sollten über „Ortsschulvorstände“ ein Mitspracherecht besitzen. Und vor allem sollten „praktische Schulmänner“ über das öffentliche Schulwesen entscheiden. An dessen Spitze sah Zeisings Konzept einen aus gewählten Vertretern der Lehrerschaft gebildeten „Landesschulvorstand“ vor, der die für das Schulwesen geltenden (vom Staat nur noch zu bestätigenden) Gesetze und Richtlinien zu entwerfen habe; ihm zur Seite eine „Oberschulbehörde“ als Verwaltungsorgan, zusammengesetzt aus vom Landesschulvorstand frei bestimmten Lehrern.<sup>39</sup> Wie die ausgedehnte Debatte im Landtag zeigte, war eine Mehrheit der Abgeordneten nicht bereit, Zeisings Ansatz zu akzeptieren. Eine „Schulsouveränität im Staate“ könne er sich nicht denken, erklärte, unter dem Beifall von anderen Abgeordneten, der Bernburger Regierungsadvokat (und spätere Oberbürgermeister der Stadt) August Oelze.<sup>40</sup> Auch Superintendent Timon Walther hielt Zeisings Konzept schulischer Selbstverwaltung und Selbstbestimmung für viel zu weitgehend.<sup>41</sup>

Am 13. September fasste der Landtag mit großer Mehrheit (17 gegen 5 Stimmen) den Beschluss, seine Kompetenz über die Beratung der Verfassung hinaus auf alle das Volk bewegenden Fragen auszudehnen. Zeising war einer der Initiatoren dieses Beschlusses. Von Beifall begleitet, rief er aus: „Will man unserer jungen Freiheit bei ihrem ersten Ausfluge sogleich die Flügel beschneiden? Glaubt das Staatsministerium, wir wären für solche Freiheit noch nicht reif und stark genug? Will es uns etwa noch ferner bevormunden? [...] Das Volk will sich aber nicht länger bevormunden lassen; es weiß sehr wohl, daß ihm in Verein mit dem Fürsten die höchste Macht, die Souveränität zusteht, und hat dieselbe vertrauensvoll in unsere Hand gelegt.“<sup>42</sup> Da der Widerstand des Ministeriums anhielt, erklärte der Landtag am 13. Oktober, bis zur Bestätigung des von ihm ausgearbeiteten Verfassungsentwurfs werde er in Permanenz tagen. Zeising gehörte jener Landtagsabordnung an, die sich am nächsten Tag nach Schloss Ballenstedt begab, um beim Herzog die Entlassung der Regierung und die Zusage der baldigen Sanktion der Verfassung zu erreichen. Die dem Ballenstedter Hofe nahestehende Wilhelmine

---

38 Ebd., S. 337.

39 Ebd., S. 353, 372 ff.

40 Ebd., S. 376.

41 Ebd., S. 382–392.

42 Ebd., S. 259. Vgl. auch: Sprechsaal für das anhaltische Volk, Nr. 47 vom 19. September 1848, S. 199.

Bardua hat diese denkwürdige Begegnung in ihrem Tagebuch festgehalten: „14.10. 1848. Nun ist auch hier das Unwetter losgegangen. [...] Wir erfuhren, das Ministerium solle gestürzt werden, und eine Deputation sei aus Bernburg hier, den Herzog zur Unterzeichnung zu bewegen. Als wir abends auf dem Schloß beim Tee saßen, erschien die Deputation. Der Herzog wurde sehr böse und wollte sie nicht sehen, die Herren vom Ministerium und die Herzogin überredeten ihn schließlich, sie doch zu empfangen. Der Herzog ging mit der Herzogin hinaus, wir [...] hörten durch die Tür die Deputation sprechen. Ich erkannte die Stimme des Herrn v. Mey; die anderen Deputierten waren der Professor Zeising und der Justizrat Hempel. Die Adresse verlangte die Absetzung des Ministeriums und die Entfernung mehrerer Personen der Hof-Kamarilla, welche zwischen dem Herzogspaar und dem Volke ständen.“<sup>43</sup>

Auch in der delikaten Frage der Regierungsunfähigkeit Alexander Carls und, damit verbunden, der Erörterung der Zukunft des Staates Anhalt-Bernburg erwies sich Zeising als Anhänger der (auf eine möglichst breite demokratische Grundlage zu stellenden) konstitutionellen Monarchie und ebenso der Erblichkeit der Monarchie. Im Falle der Regierungsunfähigkeit des Herzogs, so argumentierte er am 7. Oktober, obliege es dem Landtag, über die Frage der Regentschaft zu befinden. Diese solle nach Möglichkeit einem Mitglied des herzoglichen Hauses übertragen werden. Falls es in der Regentschaftsfrage zu Streit komme, habe das Reichsgericht zu entscheiden.<sup>44</sup> Das war in jener Sitzung der einhellige Standpunkt des Landtags, dem bewusst war, wie sehr sich die Volksmassen traditionell mit „ihrem“ Herzog und Herzogshause verbunden fühlten. Nach einer Unterredung mit Reichskommissar Friedrich von Ammon – er war angereist, um in der stagnierenden Verfassungsfrage und im Streit zwischen Landtag und Regierung zu vermitteln – veränderte der Landtag im November diesen Standpunkt jedoch dahingehend, dass er sich mit großer Mehrheit (18 gegen 1 Stimme) für die Übernahme der Regentschaft durch den Dessauer Herzog Leopold Friedrich aussprach. In einem offiziellen Schreiben bat man den Reichsverweser Erzherzog Johann am 29. November, diese Dessauer Regentschaft und die sofortige Sanktionierung der vom Landtag erarbeiteten Verfassung (und ihre Angleichung mit der Verfassung von Dessau-Köthen) zu unterstützen; die „volle Selbständigkeit“ Anhalt-Bernburgs müsse jedoch gewahrt bleiben.<sup>45</sup>

Der Bernburger Hofpartei war bewusst, wie sehr eine Dessauer Regentschaft ihre Machtpositionen gefährden könnte. Herzog Alexander Carl löste

43 Werner, Johannes: Die Schwestern Bardua, Leipzig: Koehler & Amelang 1929, S. 244.

44 Stenographischer Bericht 1848 (wie Anm. 33), S. 588.

45 Die Gegenwart (wie Anm. 28), S. 169. Der Brief ist auch veröffentlicht in: Magdeburgische Zeitung Nr. 285 vom 2.12.1848. Da das Festhalten an der Souveränität Anhalt-Bernburgs im Widerspruch zu den Mediatisierungsbestrebungen der Frankfurter Zentralbehörden stand, konnte der Landtag dort keine Unterstützung finden. Im Antwortschreiben des Reichsinnenministers Anton von Schmerling vom 12. Dezember heißt es: „Zweierlei Recht, zweierlei Ständekammern und zweierlei Ministerien auf der kleinen Fläche der vereinigten Herzogtümer Bernburg und Dessau wäre in den Augen des Unterzeichneten eine Ironie auf die schönen einheitlichen Bestrebungen unserer neuen Zeit.“ (zit. in Die Gegenwart, S. 171).

den Landtag auf und oktroyierte am 14. Dezember ein Landesverfassungsgesetz, in welchem fixiert wurde (§ 89), dass eine eventuelle Regentschaft zuerst der Gemahlin des Herzogs zukomme und die Einleitung der Regentschaft dem Staatsministerium („*im Einvernehmen mit dem Landtag*“) obliege.<sup>46</sup> Der „*Gewaltstreich*“ der Landtagsauflösung und Verfassungs-Oktroyierung sei „*im ganzen Lande – die aus lauter Beamten, Hoflieferanten oder sonst abhängigen und begünstigten Personen bestehende Regierungspartei ausgenommen – mit der größten Entrüstung aufgenommen*“, schreibt Zeising am 8. Januar 1849 an Carl Nauwerck (1810–1891), den einflussreichen Abgeordneten des linken Flügels der Nationalversammlung. Er könne jetzt nur noch auf die Reichsbehörden in Frankfurt hoffen. Man komme der sich hinter dem Herzog verschanzenden Hofpartei nurmehr durch Vereinigung der anhaltischen Länder bei. Eile tue not.<sup>47</sup> Doch die restaurative Entwicklung schritt über diese Vereinigungsfrage – die die Reichsbehörden noch mehrere Monate beschäftigte – hinweg.

### Lebensweg nach 1848

Dem im Februar 1849 neu gewählten, erst am 21. August 1849 konstituierten „ersten ordentlichen“ Landtag gehörte Zeising nicht mehr an. Sich und seine Familie in der sehr angespannten Situation vor Unannehmlichkeiten zu schützen, mag der ausschlaggebende Grund für diesen Rückzug aus dem Parlamentarismus gewesen sein. Er selbst scheute sich zwar nicht, so schreibt Zeising im erwähnten Brief an Nauwerck, „*überall für das Rechte offen hervorzutreten; aber die Pflicht gegen Frau und Kinder gebietet mir nicht unnöthigerweise ein Unglück über mich heraufzubeschwören*.“<sup>48</sup> Zeising müsse jetzt in seinem Verhalten die „*nöthige Vorsicht*“ walten lassen, betonte Albert von Gloß am 3. April 1849 ebenfalls in einem Brief an Nauwerck: „*Der Arme wird jetzt so abscheulich behandelt, von allen Seiten her chikanirt, daß er die Annahme eines Mandates zum Landtage abgelehnt hat*.“<sup>49</sup> Dass Zeising nach wie vor eine Persönlichkeit des politischen Lebens war, zeigte sich am 16. März 1849, dem „Bernburger Blutsonntag“: Um die Freilassung des inhaftierten Joseph Calm gegen Kaution oder Bürgschaft zu erwirken, fanden sich mehrere Landtagsabgeordnete und engagierte Bürger im Gebäude des dafür zuständigen Appellationsgerichts ein, unter ihnen auch Zeising.<sup>50</sup>

46 Landesverfassungsgesetz für das Herzogthum Anhalt-Bernburg, in: *Gesetzsammlung* (wie Anm. 24), S. 474–490, hier S. 488.

47 Adolf Zeising an Carl Nauwerck, 8. Januar 1848. Der zitierte Brief ist in diesem Band durch Lars Lambrecht erläutert und als Anhang zu seinem Aufsatz veröffentlicht.

48 Ebenda.

49 Albert von Gloß an Carl Nauwerck, 3. April 1849. Auch dieser Brief ist als Anhang zum Aufsatz von Lars Lambrecht in diesem Band veröffentlicht.

50 Siehe die „*Denschrift über die Ereignisse in Bernburg am 16. März 1849*“, veröffentlicht im Anhang des Aufsatzes von Michael Thomas in diesem Band.

Seine berufliche Situation am Bernburger Gymnasium – wo seine pädagogischen Reformideen von 1848 kaum Unterstützer gefunden hatten<sup>51</sup> – wurde sehr unangenehm. Auch durch die Schulpolitik wehte der restaurative Wind. Ende 1850 wurde die von Zeising so leidenschaftlich abgelehnte Beaufsichtigung des Schulwesens durch das Konsistorium wieder eingeführt. Als Gymnasialdirektor Georg August Herbst 1852 starb und die Professoren in der Hierarchie des Carlsgymnasiums wie üblich nach oben aufrückten, wurde Zeising – seit dem 31. Januar 1848 verbeamteter Professor<sup>52</sup> – übergangen. Um die spannungsvolle Lage aufzulösen, vereinbarte er mit der jetzt von Max von Schaetzell geleiteten Regierung einen Modus seines zeitweiligen Rückzugs aus dem Schuldienst: Er erklärte sich bereit, aus seiner Stellung am Gymnasium auszuschcheiden und die Stadt zu verlassen. Die Regierung ihrerseits verzichtete auf eine disziplinarische Untersuchung gegen ihn und verpflichtete sich, ihm für einen Zeitraum von zehn Jahren ein zwar unter seinem Gehalt liegendes, aber für ihn akzeptables „Wartegeld“ (500 Reichstaler jährlich) zu zahlen. Nach Ablauf der zehn Jahre sollte über seine Stellung im Schulwesen des Herzogtums neu befunden werden.<sup>53</sup>

Zeising stand im 43. Lebensjahr, als er 1853 mit seiner Familie Bernburg verließ. Sie zogen zunächst nach Leipzig, bald darauf nach München. Mit dem Wartegeld als Rückhalt wollte er sich eine Existenz als Schriftsteller und Privatgelehrter aufbauen. In Münchens Literaturkreisen, etwa in der um Paul Heyse und Emanuel Geibel versammelten einflussreichen Dichtergesellschaft „Die Krokodile“, wurde er für seine heitere Geselligkeit und seine philosophisch-ästhetische Bildung bald sehr geschätzt.<sup>54</sup> Fleißig veröffentlichte er wissenschaftliche Abhandlungen sowie Theaterstücke und Romane sozialkritischen Inhalts. Im Roman „Joppe und Krinoline“ (1865) beispielsweise siegt die Liebe einer jungen Frau aus wohlhabendem Hause und eines einfachen Bauernburschen über alle Standesvorurteile und darin wurzelnde Intrigen. Da Zeising die Gabe populären Erzählens nur wenig besaß, blieb der Erfolg seiner belletristischen Texte jedoch gering. In Wissenschafts- und Philosophenkreisen allerdings wurde er durch zahlreiche Arbeiten zur Ästhetik und zur Proportionenlehre des „goldenen Schnitts“ recht bekannt.

51 *„In der Lehrerschaft aber fanden die politischen Aspirationen dieses Kollegen [Zeising – B.U.] nicht die gehörige Resonanz, und selbst die Schüler, von denen eine nicht geringe Zahl den vornehmsten Familien des Landes angehörte, standen mit ihren Sympathien auf der Seite ihrer konservativen Väter gegen die politische Gesinnung ihres Lehrers.“* (Köhler, Richard: Bernburg und sein höheres Schulwesen in den beiden letzten Jahrzehnten des ehemaligen Herzogtums Anhalt-Bernburg (1842–1863), Bernburg 1913, S. 33 f.).

52 Ernennungsurkunde durch Herzog Alexander Carl, Ballenstedt 31. Januar 1848, in: LASA, E 151, Nr. 2, unpag.

53 Urkunde die Versetzung des Professors Zeising auf Wartegeld betreffend, Ballenstedt 22. November 1852, in: E 151, Nr. 2, unpag. Siehe dazu Ulbrich, Bernd G.: „...mit Rücksicht auf dessen tadelnswerthe frühere politische Haltung...“ Dokumente und Anmerkungen zur Lebensgeschichte von Adolf Zeising, in: Mitteilungen des Vereins für Anhaltische Landeskunde 14 (2005), S. 149–168.

54 Vgl. dazu Mahr, Johannes: Die Krokodile. Ein Münchner Dichterkreis, Stuttgart: Reclam 1987; Wulf Wülfing, Karin Bruns, Rolf Parr: Handbuch literarisch-kultureller Vereine, Gruppen und Bünde 1825–1933, Stuttgart/Weimar: Metzler 1997, S. 155–161.

Mit Maßband, Zirkel und Skizzenbuch bewaffnet, war er unermüdlich unterwegs, um in der Natur (an Bäumen, Blättern, Kristallen u.a.m.), in der Kunst (Architektur, Bildhauerkunst, Malerei) und am menschlichen Körper die Proportionen auszumessen und zu berechnen. Er war der Überzeugung, dass sich das schon den alten Griechen bekannte Proportionsverhältnis des „goldenen Schnitts“ als allgemeine Gesetzmäßigkeit – als Ausdruck eines universalen göttlichen Harmonieplans – nachweisen lasse. Die pantheistische Grundannahme, dass in allen Prozessen in Natur, Gesellschaft und Geist letztlich ein verbindender, harmonisch gestaltender „Urgrund“ zum Tragen komme, lag noch seinem letzten Werk „Religion und Wissenschaft, Staat und Kirche. Eine Gott- und Weltanschauung auf erfahrungs- und zeitgemäßer Grundlage“ (1873) zugrunde. Immer noch der Hegelschen Perspektive verpflichtet, betonte er auch hier die integrierende Funktion des Staates; zwischen „echter Religiosität“ und Staatsleben, Kirche und Wissenschaft bestehe letztlich kein Gegensatz, und alle geistigen Kräfte sollten zum Wohle der Gesellschaft zusammenwirken. Bismarcks Politik der nationalstaatlichen Einigung hat er zugestimmt.

Zeising's Einkünfte reichten – zumal eine unheilbare Krankheit hinzukam – im teuren München für die Ernährung seiner Familie immer weniger aus. Mehrfach schrieb er nach Bernburg an Max von Schaetzell, die Herzogin-Mitregentin Friederike und Herzog Alexander Carl und bat – vergeblich – um Wiedereingliederung in den aktiven Schuldienst des Herzogtums. In seiner Not war er sogar bereit, sich von seinem Verhalten in der Revolutionszeit zu distanzieren. In einem Brief an das Bernburger Herzogspaar heißt es am 15. Juni 1863, seine beim Weggang aus Bernburg gehegte Hoffnung, sich *„eine selbstständige Stellung als Lehrer oder als Schriftsteller im Auslande zu verschaffen“*, sei fehlgeschlagen und er sehe sich und seine Familie jetzt *„der Noth ausgesetzt. Nahrungssorgen werden meine, in Veranlassung meiner geschwächten Gesundheit ohnedies beschränkte schriftstellerische Thätigkeit noch mehr hemmen. Tief bereue ich alles dasjenige, was Veranlassung zu meinem Ausscheiden aus dem Staatsdienste gewesen ist. Dankbar erkenne ich die mir bisher bewiesene Hohe Gnade an.“*<sup>55</sup> Zeising konnte lediglich erreichen, dass bei der nach Ablauf der 10-jährigen Wartegeld-Regelung für ihn in Bernburg festgelegten Pensionierung die Pension unter dem Eindruck seiner Abbitte erhöht wurde – auf 380 Taler statt der ursprünglich veranschlagten 320 Taler und 22 Silbergroschen.

Nach dem Ende Anhalt-Bernburgs wandte sich Zeising 1868 mit der Bitte um weitere Pensionserhöhung an seinen neuen Landesherrn, Herzog Leopold IV. Friedrich in Dessau. Dieser verlangte vom Staatsministerium einen Bericht – in dem festgestellt wurde: Zeising habe sich 1848/1849 *„gegen die damalige Bernburger Landes-Herrschaft schwer vergangen und durch sein politisches Verhalten beim gebildeten Publikum Anstoß gegeben“*. Nur dank des *„außerordentlichen Wohlwollens seiner vorgesetzten Dienstbehörden“* habe

---

55 LASA, Z 108, Nr. 3773, fol. 70.



man ihn seinerzeit nicht disziplinarisch belangt. Einen Rechtsanspruch auf Pensionserhöhung habe er nicht. „*Er soll sich aber in einer bedrängten Lage befinden, weshalb Ew. Hoheit gnädigster EntschlieÙung wir es ehrerbietigst anheim stellen, ob seinem Gesuche gefügt werden soll, oder nicht.*“<sup>56</sup> Leopold Friedrich lehnte daraufhin Zeisings Gesuch ab.

Adolf Zeising starb 1876 in München an einer Krebserkrankung. Freunde stifteten ein Grabdenkmal auf dem Münchner Alten Südfriedhof, das erhalten ist. Seiner Witwe wurde durch den seit 1871 regierenden Herzog Friedrich I. von Anhalt im Jahre 1877 eine jährliche Gnadenpension von 150 Mark gewährt.



Abb. 2: Grabdenkmal für Adolf Zeising auf dem Südfriedhof München  
Foto: Wikipedia gemeinfrei

---

<sup>56</sup> LASA, Z 109, Nr. 2228, fol. 8.